

Deutschlandfunk, 17.4.2012

Reduzierte Lehrpläne, hungrige Schüler

Schulen in Südeuropa leiden unter Krise

Von Anke Petermann

In Spanien, Portugal und Griechenland verschont der Sparkurs auch die Schulen nicht. Die Bildungsgewerkschaften wehren sich gegen weitere Kürzungen, sind aber wenig hoffnungsvoll.

Die Krisenbilanzen der Bildungsgewerkschafter Spaniens, Portugals und Griechenlands ähneln sich. Die schulische Stundentafel werde zusammengestrichen, erzählt Manuela Mendonca von der portugiesischen Lehrgewerkschaft "Federação Nacional dos Professores". Tausende von Lehrern würden entlassen, Förderunterricht für schwache Schüler gestrichen:

"Ja, das hat ganz direkt Auswirkungen, denn die Schüler haben keine Möglichkeit mehr, diese Lücken, die sie aufgebaut hatten, zu schließen. Und man hat aufgehört mit Teilungsunterricht zum Beispiel in Physik und Chemie, wo jetzt die ganzen Klassen unterrichtet werden, was einen ganz großen Einschnitt bedeutet, weil man gar nicht so viele Arbeitsplätze hat in diesen Fächern."

Der Lehrplan werde reduziert auf sogenannte Kernfächer, Gesellschaftskunde und anderes werde gestrichen. Größere Klassen, weniger Lehrer, das bedeute insgesamt weniger Unterstützung vor allem für Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Mit der Folge, dass noch mehr Jugendliche die Schulen ohne Abschluss verlassen, beobachtet Manuela Mendonca. Schon zu Krisenbeginn waren 42 Prozent der Kinder auf soziale Unterstützung angewiesen, berichtet die portugiesische Gewerkschafterin, die Bevölkerung verarme weiter:

"Heute schon ist es so, dass viele Stadtverwaltungen am Wochenende die Schulen öffnen, damit die Kinder auch am Wochenende eine warme Mahlzeit bekommen. Aber das wird immer schwieriger. Denn durch die Auflagen der Troika sind auch die Zuschüsse, die die Schulen für diese Maßnahmen bekommen, gekürzt worden."

Der Druck der Troika (Expertenzusammenschluss der Europäischen Union, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank) verschärfe den sozialen und den Bildungsnotstand in den südeuropäischen Krisenstaaten, bemängeln die Bildungsgewerkschafter. Themistoklis Kotsifakis, Generalsekretär der griechischen Sekundarschul-Lehrgewerkschaft, erzählt von hungrigen Kindern:

"Dieses Phänomen ist im letzten Jahr entstanden: Kinder gehen hungrig in die Schule und wollen dann dem Unterricht beiwohnen. In Athen und den armen Vororten ist die Situation besonders zu sehen, in den großen Städten auch, weniger in der Provinz, also weniger in den Dörfern. Es gibt Bewegungen, die durch Lehrer und soziale Bewegungen ins Leben gerufen wurden, die versuchen,

dem entgegenzusteuern. Die Regierung hat auch gesagt, dass sie bereit ist, Maßnahmen in diese Richtung zu treffen, aber bis jetzt ist von der Regierung nichts dergleichen passiert."

Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland bewegt sich um 50 Prozent, eine ganze Generation habe weder Aussicht auf eine Berufslaufbahn noch eine Rente, kritisiert Pedro Gonzalez von der Bildungsgewerkschaft "Federación de Enseñanza de Comisiones Obreras" in Cordoba:

"Die jungen Menschen in Spanien können sich nicht entwickeln, können kein eigenes Leben entwickeln, können sich auch nicht lösen aus den Familien, aus den Elternhäusern, wo sie oft mangels Geld weiterhin leben müssen. Und eine große Zahl von ihnen hat sich abgewandt von der Politik und lehnt es ab, politisch zu engagieren und an Wahlen teilnehmen."

Die Bildungsgewerkschaften versuchen, gegen die Politikverdrossenheit anzugehen. Lehrer und Schulpsychologen gründeten Bildungsplattformen, um sich gegen die Kürzungen zu wehren. Schulleitungen gingen mit Pressekonferenzen an die Öffentlichkeit, gemeinsam mit Parteien und anderen Gewerkschaften würden Kundgebungen und Streiks organisiert, berichtet die Portugiesin Manuela Mendonca.

Doch die südeuropäischen Gewerkschafter klingen nicht wirklich zuversichtlich. Sie fürchten, dass ihre Länder ausbluten, dass Tausende von jungen Akademikern unter anderem nach Deutschland abwandern. Die Regierung Merkel fordern sie auf, sich in Kooperationsprojekten in den Krisenstaaten zu engagieren, anstatt südeuropäische Chemiker und Physiker nach Deutschland abzuwerben.

<http://www.derwesten.de/nachrichten/suedeuropaeische-gewerkschafter-beklagen-kuerzungen-bei-der-bildung-id6564099.html>

Südeuropäische Gewerkschafter beklagen Kürzungen bei der Bildung

17.04.2012 | 14:43 Uhr

DGB Hessen-Thüringen und GEW bekräftigen Solidarität mit Kollegen in Krisenländern (DGB/dapd)

U-Boote statt Bücher: Bei Gewerkschaftern aus Südeuropa sorgen die Sparvorgaben der Europäischen Union für Kopfschütteln. Statt die Militärausgaben zu drosseln, beschränkten sich die Politiker darauf, bei der Bildung zu kürzen, beklagte der Generalsekretär der griechischen Lehrergewerkschaft OLME, Themistoklis Kotsifakis, am Dienstag in Frankfurt am Main.

Frankfurt/Main (dapd). U-Boote statt Bücher: Bei Gewerkschaftern aus Südeuropa sorgen die Sparvorgaben der Europäischen Union für Kopfschütteln. Statt die Militärausgaben zu drosseln, beschränkten sich die Politiker darauf, bei der Bildung zu kürzen, beklagte der Generalsekretär der griechischen Lehrergewerkschaft OLME, Themistoklis Kotsifakis, am Dienstag in Frankfurt am Main.

"Es gibt Verflechtungen von Banken, Unternehmen und Politikern, die dazu führen, dass über diese Kosten nicht diskutiert wird", sagte Kotsifakis während eines Besuchs mehrerer südeuropäischer Gewerkschafter beim hessischen DGB.

Auch seine Kollegin Manuela Mendonca von der portugiesischen Lehrgewerkschaft hält die Einschnitte bei der Bildung für fatal. "Dadurch wird die soziale Kluft noch größer", betonte sie. Die negativen Auswirkungen zeigten sich auch bei den Lehrern selbst. So sei die Arbeitslosigkeit in dieser Berufsgruppe in Portugal zwischen 2009 und 2011 um 225 Prozent gestiegen.

Der Generalsekretär der spanischen Bildungsgewerkschaft, Pedro Gonzalez, sieht vor allem die Kürzungen in der beruflichen Bildung kritisch. Viele junge Menschen hätten keine qualifizierte Ausbildung und seien auf die Fortbildungen angewiesen. Nach dem Platzen der Immobilien-Blase hätten sie weder Job noch Perspektive.

Die Bildungsgewerkschaft GEW und der DGB Hessen-Thüringen stellten sich hinter ihre Kollegen aus Griechenland, Spanien und Portugal. Wegen den von der EU vorgegeben Einsparungen sinke gerade bei jungen Menschen das Vertrauen in Europa, sagte der GEW-Bundesvorsitzende Ulrich Thöne. "Das ist eine äußerst gefährliche Entwicklung", fügte er hinzu. Der Vorsitzende des hessischen Gewerkschaftsbundes, Stefan Körzell, betonte seine Solidarität mit den Arbeitnehmervertretern in den von der Finanzkrise besonders betroffenen Ländern. "Wir stehen an der Seite unserer Kollegen", sagte der DGB-Landesvorsitzende.

dapd

Gleichlautende Veröffentlichungen des dapd Berichts unter:

<http://www.rheinpfalz.de/cgi-bin/cms2/cms.pl?cmd=showMsg&tpl=rhpPrintMsg.html&path=/rhp/welt/politik&id=1334670261>

<http://de.nachrichten.yahoo.com/s%C3%BCdeurop%C3%A4ische-gewerkschafter-beklagen-k%C3%BCrzungen-bei-der-bildung-134357171.html>

<http://www.open-report.de/artikel/S%C3%BCdeurop%C3%A4ische+Gewerkschafter+beklagen+K%C3%BCrzungen+bei+der+Bildung/169894.html>

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/224396.eu-krise-demokratie-ausser-kraft.html>

Neues Deutschland, 18.4.2012

Von Hans-Gerd Öfinger

EU-Krise: Demokratie außer Kraft

DGB und Erziehungsgewerkschaft GEW luden Kollegen aus Südeuropa ein

Widerstand gegen EU-Kahlschlagspolitik: Gegen die Zerstörung von Arbeitnehmerrechten, Bildungsabbau und wirtschaftlichen Niedergang hat die Lehrgewerkschaft GEW mit DGB-Unterstützung Vertreter ihrer Partnerorganisationen aus Griechenland, Spanien und Portugal eingeladen.



Lehrerdemo in Madrid, Oktober 2011

Foto: AFP/Javier Soriano

Über unerträgliche Zustände in ihrem Land berichtete Manuela Mendonça von der portugiesischen Lehrgewerkschaft FENPROF bei einer Pressekonferenz zum Auftakt der Rundreise am Dienstag in Frankfurt am Main. Die Lage in dem südwesteuropäischen Land sei von 14 Prozent Arbeitslosigkeit und einer massenhaften Ausbreitung von Hungerlöhnen gekennzeichnet. Der offizielle Mindestlohn liege mit 475 Euro im Monat unterhalb der Armutsschwelle. Bei den Bildungsausgaben sei Portugal Europas Schlusslicht. Während viele Kinder hungrig in die Schule kämen, kürze die Regierung die Ausgaben für die Schulspeisung, so Mendonça. Die Schließung von Schulen fördere in abgelegenen Regionen Landflucht und Entvölkerung. In weiterführenden Schulen liege die Schulabbrecherquote bei über 23 Prozent.

Ähnliche Zustände im benachbarten Spanien schilderte Pedro González von der Bildungsgewerkschaft FE.CC.OO. Jeder zweite junge Mensch sei im iberischen Staat ohne Arbeit. Somit wüchsen Generationen in Armut und ohne Rentenanspruch heran. Staatliche Kürzungen und die Vernachlässigung der beruflichen Bildung durch die Politik verschärften das Problem. Aus Geldmangel könnten sich junge Erwachsene nicht vom Elternhaus lösen. Zwar brächten viele Junge auch linken Parteien und Gewerkschaften Misstrauen entgegen, die starke Beteiligung am eintägigen Generalstreik Ende März mache jedoch Hoffnung, sagte González.

In Griechenland seien die Zerstörung von sozialen und demokratischen Errungenschaften, das Ende der Tarifautonomie und ein Zusammenbruch des sozialen Gefüges in vollem Gange, berichtete der Athener Themistoklis Kotsifakis von der Lehrgewerkschaft OLME. Armut und Verzweiflung und eine steigende Selbstmordrate gehörten zum Alltag.

Als Folge des von der Troika verordneten Spardiktats seien seit 2010 über 1000 Schulen geschlossen und die Lehrergehälter um 40 Prozent gekürzt worden, so der Gewerkschafter. Der Kahlschlag habe jedoch nicht einmal die vorgegebene Lösung gebracht, sondern die Rezession verschärft und damit die Staatsverschuldung erhöht.

Gleichzeitig verliere die Troika kein Wort über die anhaltende Aufrüstung des griechischen Militärs und die üppigen Schmiergelder der Rüstungskonzerne für Politiker, bemängelte Kotsifakis. Die griechische Demokratiekrise mache sich nicht nur am brutalen Vorgehen von Polizisten bei Demonstrationen auch gegen Ältere, Frauen, Kinder und Reporter fest. »Gesetze werden ohne öffentlichen Dialog oder Anhörung in wenigen Stunden durchgepeitscht«, so der Gewerkschafter. »Der Staat missachtet seine eigenen Gesetze.« Ob die anstehenden Parlamentswahlen eine Wende zum Besseren bringen könnten, sei zweifelhaft: »Neue Köpfe allein ändern noch nichts.«

»Wir stehen an der Seite der betroffenen Kollegen«, betonte Stefan Körzell, DGB-Chef für Hessen und Thüringen. Die Zustände in Südeuropa seien eine Warnung auch für abhängig Beschäftigte in Deutschland, denn die Bundesregierung sei maßgeblich am Krisendiktat beteiligt und exportiere gerade auch Dinge wie eine »Schuldenbremse« oder »Rente mit 67« nach Südeuropa. »Europa weckte jahrzehntelang bei den Älteren die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ohne Krieg«, erklärte der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. »Für die Jugend bedeutet Europa nur, dass die Demokratie außer Kraft gesetzt wird.«

Europas Gewerkschaften zu Gast in Köln

Von Cornelia Schlösser |

18.04.2012 | 15:14:23 Uhr



Köln | Derzeit reisen Gewerkschaften aus Griechenland, Portugal und Spanien durch Deutschland. Bei einer Veranstaltung im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes Köln (DGB) berichten sie heute Abend von den Folgen der Krise in ihren Ländern und rufen zu sehr Solidarität innerhalb Europas auf.

Die vor allem durch Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel angestoßene Sparpolitik in Europa ist falsch. Das finden zumindest einige europäische Gewerkschaften. Denn die Sparmaßnahmen gingen vor allem zu Lasten der Bevölkerung. Die Gewerkschaften befürchten nun eine soziale Spaltung Europas, die letztlich auch die Demokratie gefährden könne. Gemeinsam wollen sie nun für die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen. Dazu reisen Gewerkschaften aus den krisengebeutelten Ländern Griechenland, Portugal und Spanien derzeit durch Deutschland. Heute Abend sind sie beim DGB in Köln zu Gast. Hier wollen sie vor allem über die Auswirkungen der Sparmaßnahmen in ihrer Heimat berichten.

Hauptproblem Jugendarbeitslosigkeit

Das größte Problem fast aller Länder ist die immer weiter steigende Arbeitslosigkeit, die vor allem junge Menschen trifft. In Portugal liegt die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen laut der Gewerkschaft FENPROF bei 35 Prozent, in Griechenland sogar bei 50 Prozent, so berichtete heute Themistoklis Kotsifakis von der Lehrer-Gewerkschaft OLME. In allen drei Ländern seien die Bildungs-Etats in den vergangenen Jahres massiv gekürzt worden. So seien in Griechenland etwa 20 Prozent der Lehrer entlassen worden. Und auch in Portugal wurden Schul- und Förderstunden gestrichen, sagte Manuela Mendonça von der Lehrgewerkschaft FENPROF. Auch Pedro Gonzáles López von der Bildungsgewerkschaft FECCOO kritisiert die Bildungspolitik seines Landes. Lange habe man es versäumt, junge Spanier auf ein selbstständiges Leben vorzubereiten. Weil der Tourismus und das Baugewerbe in den 90er Jahren boomte, hätten viele Jugendliche vorzeitig die Schule verlassen. Nun verlören sie ihre Jobs und hätten keine Ausbildung, um in anderen Branchen Arbeit zu finden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erklärte den europäischen Nachbar-Organisationen heute seine Unterstützung. Bereits Ende 2011 hatte der DGB Köln ein 4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa aufgestellt. Darin fordert der DGB eine Abkehr von der europäischen Sparpolitik. Denn

diese führe zu einer Rezession in Europa. Weil die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt würde, erhöhten sich die Staatsschulden letztlich. Stattdessen will der DGB etwa die Europäische Zentralbank, Eurobonds einführen und die Steuereinnahmen erhöhen.

<http://hessen-thueringen.dgb.de/themen/++co++4d8db616-896b-11e1-5564-00188b4dc422>

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, 18.4.2012

Krise in Europa - Gewerkschafter berichteten

Von Ute Fritzel

Am Ende des Tages war allen eines klar: nur mit gemeinsamen Kämpfen, nur mit Solidarität ist Europa zu verändern. Diese Erkenntnis wirkte in ihrer Festigkeit fast trotzig. Denn zuversichtlich waren die Berichte der Kollegin aus Portugal und der Kollegen aus Spanien und Griechenland wirklich nicht. Rund 100 Interessierte waren ins Atrium der IG-Metall gekommen, um den KollegInnen zuzuhören.

Da war die Rede von massiven Kürzungen bei der Bildung, von Privatisierung der Bildung. Themis aus Griechenland sagte: "Sie verordnen uns die billige Schule - ohne Rücksicht auf die fatalen Folgen."

2056 Schulen wurden bereits in Griechenland geschlossen. 20 Prozent aller Lehrer wurden entlassen. Die noch einen Job haben, bekamen ihre Gehälter um 40 Prozent gekürzt. Im ganzen öffentlichen Dienst gibt es keine Tarifverträge mehr. Auch bei den Schülern zeigte sich die Not: "Wir sehen in den Schulen immer mehr hungrige Kinder. Wie sollen Kinder etwas lernen, wenn sie leere Bäuche haben? Ihr könnt euch nicht vorstellen, was es heißt, in Griechenland zu leben in den letzten drei Jahren."



Themistoklis Kotsifakis

Manuela Mendonça

Pedro González

Pedro erzählte von spanischen Jugendlichen, die auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms ihre Ausbildung abbrechen und die jetzt keine guten Jobs bekommen, weil sie keinen Abschluss haben. "Sie kehren in ihr Elternhaus zurück, um von der Rente ihrer Großeltern zu leben." Fast 50 Prozent Arbeitslosigkeit in Spanien bei den jungen Leuten. Ebenso in Griechenland. In Portugal sind 35 Prozent der Jüngeren ohne Job.

Auch Manuela berichtete von drastischen Bildungskürzungen in Portugal. Lehrerstellen würden eingespart. Die Folge sei schlechtere Bildung und später dann geringere Berufschancen. Schon jetzt gebe es eine große Anzahl an Geringverdienern in Portugal. Der gesetzliche Mindestlohn liege mit 475 Euro unterhalb der Armutsgrenze und sei der niedrigste in ganz Europa.

In Europa, das wurde deutlich ist gegenwärtig eine riesige Umverteilung im Gange. Die soziale Kluft wird dabei immer größer. Die Ärmere und schwächeren sollen die Zeche zahlen, die Reichen und das Kapital profitieren. So berichtete Themis von reichen Griechen, die keineswegs angemessene Steuern bezahlten, während ärmere kaum mehr den Lebensbedarf decken können, aufgrund ihres massiv gekürzten Gehalts. 80 Prozent des Geldes, das Griechenland erhalte, müsse für Zinsen ausgegeben werden. Und für die Tilgung der vorherigen Kredite.

Das Fazit des Abends war jedoch nicht so verheerend wie die vorangegangenen Berichte. Ganz im Gegenteil: Jetzt heiße es zusammenstehen, in Europa eine gemeinsame gewerkschaftliche Linie zu finden und die gemeinsamen Interessen zu schützen. Gegen schlechte Bildung, gegen Armut und Arbeitslosigkeit, gegen Aushöhlung der Tarifautonomie.



http://www.gew.de/Sparkurs_erwuergt_Suedeuropa.html

GEW, 20.4.2012



Sparkurs erwürgt Südeuropa

Von Manfred Brinkmann

In Griechenland, Spanien und Portugal führt die Sparpolitik zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und verschärft die Rezession. Auf Einladung von GEW und DGB waren Vertreter südeuropäischer Bildungsgewerkschaften zu Besuch in Deutschland, um über ihre Situation zu berichten

„Wir sind GEW und DGB sehr dankbar, dass sie uns nach Deutschland eingeladen haben, um über unsere Wirklichkeit in Portugal, Spanien und Griechenland zu berichten“, erzählt Manuela Mendonça von der portugiesischen Bildungsgewerkschaft FENPROF, die gemeinsam mit ihrem spanischen Gewerkschaftskollegen Pedro González von der Gewerkschaft FECCOO und dem griechischen Lehrgewerkschafter Themistoklis Kotsifakis vom 16. – 19. April an einer Solidaritätsreise mit Veranstaltungen und Pressekonferenzen in Frankfurt, Köln und Dortmund teilgenommen hat. Die Berichte der drei südeuropäischen Gewerkschafter klingen sehr ähnlich: Portugal, Griechenland und Spanien befinden sich in einer wirtschaftlichen Rezession. Die Lasten der Krise werden auf Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und sozial Schwache abgewälzt. Massive Sparprogramme im öffentlichen Dienst führen zu Entlassungen von Lehrern, Erhöhung von Stundenzahlen, größeren Klassenstärken sowie Gehalts- und Pensionskürzungen. „In den letzten drei Jahren sind 25.000

Lehrerstellen in Portugal gestrichen worden. Die Arbeitslosigkeit liegt heute bei fünfzehn Prozent“, berichtet Mendonça. „Das Sparprogramm verschärft die Krise und wird noch mehr Menschen arbeitslos machen.“ Von zwanzig Prozent Arbeitslosigkeit in Griechenland berichtet der Athener Themistoklis Kotsifakis von der griechischen Sekundarschullehrergewerkschaft OLME: „Besonders die Jugend leidet darunter. Jeder zweite Grieche zwischen 15 und 25 Jahren hat keine Arbeit.“ Kotsifakis kritisiert den Verlust staatlicher Souveränität und eine fortschreitende Entdemokratisierung in Griechenland und in Europa. „In Griechenland entscheidet die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU. Die griechischen Politiker, die ihre Vorgaben umsetzen, hätten das Volk nicht gefragt und seien nicht dazu legitimiert. „Die Troika fordert die billige Schule. Nie war die Demokratie mehr abwesend im Land ihrer Entstehung“, empört sich Kotsifakis. Griechenland, Portugal und Spanien seien heute das Versuchsmodell für den weiteren Abbau sozialer Errungenschaften und gewerkschaftlicher Rechte in Europa. Pedro González, beim Vorstand der FECCOO in Madrid für Internationales zuständig, kann das nur bestätigen. Mit 24 Prozent erreicht die Arbeitslosigkeit in Spanien den Spitzenwert in Europa. Jeder zweite Jugendliche ist ohne Arbeit. Die Massenarbeitslosigkeit führe zum sozialen Abstieg und raube vielen Jugendlichen die Hoffnung auf die Zukunft, so González. Die jungen Menschen könnten nicht aus ihren Elternhäusern ausziehen und eine Familie gründen, da ihnen das Geld fehlt. Die Krise führe zu einer weiteren Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen. Gleichzeitig finde ein Angriff auf Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte statt, der unter der sozialistischen Regierung Zapatero begonnen hat und unter der konservativen Regierung Rajoy verschärft fortgesetzt wird. Ende März hatten die spanischen Gewerkschaften dagegen einen Generalstreik organisiert. Der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne, der auch Vizepräsident des Dachverbandes der europäischen Bildungsgewerkschaften EGBW ist, warnt davor, dass eine ähnliche Entwicklung wie in Südeuropa nicht auch in Deutschland stattfindet. „Was jetzt in Griechenland, Portugal und Spanien passiert, droht auch uns, wenn wir uns nicht frühzeitig dagegen zur Wehr setzen“, so Thöne. Der europäische Fiskalpakt werde in Deutschland zu massiven Einsparungen im öffentlichen Dienst führen. Die Bildung wird davon nicht verschont bleiben. Daher lehnt die GEW den Fiskalpakt ab. Thöne fordert stattdessen eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Einsparungen bei Militär- und Rüstungsausgaben. Mit Blick auf Griechenland kritisiert Thöne, dass die Troika zwar Kürzungsvorgaben für die Bildung mache, Militärausgaben und Rüstungseinkäufe jedoch ungeschoren lasse. „Es kann nicht sein, dass Deutschland U-Boote nach Griechenland verkauft, während dort Schulen geschlossen und Lehrer entlassen werden,“ so der GEW-Vorsitzende. Thöne versicherte den südeuropäischen Gästen die Unterstützung und Solidarität der GEW in ihrem Widerstand gegen die Sparpolitik und gegen die Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und forderte zur Teilnahme an den europäischen Aktionstagen und an der internationalen Demonstration vom 17. – 19. Mai in Frankfurt auf.



Manuela Mendonça (rechts)

Themistoklis Kotsifakis

Pedro González



Sparpolitik: Ignorieren oder demonstrieren? Die spanischen Arbeitnehmer entschieden sich für Letzteres.

IG Metall, Metallzeitung, Mai 2012

Testlauf Südeuropa

Von Fabienne Melzer

Entlassungen, neue Steuern, weniger Geld – die Nachrichten aus Südeuropa ähneln sich. Obwohl die Sparpolitik die Krise nur verschärft, halten die Regierungen nicht nur daran fest. Sie gehen noch weiter. Nach Löhnen und Arbeitsplätzen stehen Arbeitnehmerrechte auf der Streichliste.

Es klingt wie das Elend aus einer anderen Zeit. »Menschen schrauben ihre Bedürfnisse zurück, um zu überleben, Kinder kommen hungrig in die Schule, manche nehmen sich das Leben, weil sie nicht mehr weiter wissen«, sagt Themistoklis Kotsifakis. Der griechische Gewerkschafter ist auf Einladung deutscher

Gewerkschaften in Deutschland. Gemeinsam mit Kollegen aus Spanien und Portugal berichtet er über die Lage in Südeuropa. Doch am Ende glaubt er offenbar selbst nicht daran, dass seine Worte dafür ausreichen: »Sie können sich nicht vorstellen, was es bedeutete, in den letzten drei Jahren in Griechenland zu leben.« Nicht weniger dramatisch sieht es in Portugal und Spanien aus, wie die Gewerkschafter Pedro

González und Manuela Mendonça berichten. Überall wächst die Armut. »Ganze Familien leben von der Rente der Großeltern«, sagt González. Vor allem junge Menschen trifft die Krise. In Spanien ist jeder zweite Unter-25-Jährige arbeitslos. Die Sparpolitik, das bestätigen alle, treibt ihre Länder nur noch tiefer in die Schulden und vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich. Auch gesellschaftspolitisch sind die Folgen fatal: In Griechenland und Spanien wächst eine ganze Generation ohne Hoffnung auf eine Zukunft heran. Eine Gefahr für das Vertrauen in Europa und in die Demokratie. Und Manuela Mendonça stellt fest: »Die

Souveränität der Wähler wurde durch die Souveränität der Gläubiger abgelöst.« Dem Verlust an Demokratie folgt der Abbau von Arbeitnehmerrechten. So untergräbt die Regierung in Spanien – auch auf Druck von IWF, EZB und Europäischer Kommission – die Wirkung der Tarifverträge, in dem sie betriebliche Vereinbarungen besser stellt. Sie erleichtert Kündigungen und unterwirft Arbeitnehmer der Willkür ihrer Chefs. Diese können Einkommen kürzen und Arbeitszeit verlängern, wenn die Gewinne neun Monate lang in Folge zurückgegangen sind. Das heißt: Sie müssen noch nicht einmal Verluste machen. Selbst das reicht den Arbeitgebern nicht, wie González berichtet. »Nun möchten sie das Streikrecht einschränken.«

Solidarisch

In einer Videobotschaft sicherte Berthold Huber den spanischen Gewerkschaften die Unterstützung der IG Metall zu. Der Erste Vorsitzende ermutigte sie mit den Worten: »Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.« Huber kritisiert die Sparpolitik, die den Südeuropäern von der EU aufgezwungen wird. »Die Länder können sich nicht allein aus der Krise herausparen. Sie brauchen einen Marshallplan, der auf europäischer Ebene koordiniert und finanziert wird.« Um dies zu bezahlen fordert die IG Metall, die Einnahmen der Staaten zu verbessern und die Lasten gerechter zu verteilen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften können einen Beitrag leisten. »Wir brauchen einen europäischen Solidarpakt«, sagt Huber.

Versuchslabor

Denn sonst könnte Südeuropa nur ein Versuchslabor dafür sein, wieweit sich Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte stutzen lassen. Die Gefahr sieht auch Manuela Mendonça: »Früher oder später könnte das, was bei uns passiert, auch bei Euch geschehen.«

Außerdem

Mehrere Meldungen im hr info, Hessischer Rundfunk (17.4.2012)

Noch nicht erschienen:

Artikel in ‚Erziehung und Wissenschaft‘ (Juni 2012)

Artikel in ‚Magazin Mitbestimmung‘ (5/2012)